

Zitierhinweis

Nipperdey, Justus: Rezension über: Julian Hoppit, Britain's Political Economies. Parliament and Economic Life, 1660–1800, Cambridge: Cambridge University Press, 2017, in: Zeitschrift für Historische Forschung (ZHF), 46 (2019), 1, S. 202-204, DOI: 10.15463/rec.1493213245



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Hoppit, Julian, *Britain's Political Economies. Parliament and Economic Life, 1660–1800*, Cambridge 2017, Cambridge University Press, XXII u. 391 S. / graph. Darst., £ 22,99.

Die wirtschaftspolitische Rolle des englischen, ab 1707 britischen Parlaments ist gerade aus kontinentaleuropäischer Sicht frappierend. Denn die Notwendigkeit parlamentarischer Mehrheiten strukturierte die ökonomischen Debatten des 17. und 18. Jahrhunderts in einer spezifischen Weise. Die Masse der ökonomischen Traktate entstanden im Kontext parlamentarischer Entscheidungen. Das erklärt ihre ungewöhnlich große Anzahl, ihre Konjunkturen sowie ihren Charakter als agonale „speech acts“, wie man sie auf dem Kontinent nur selten findet. Die Konzentration auf die so generierten öffentlichen Debatten um bestimmte „causes célèbres“ hat allerdings den Blick von der großen Masse der wirtschaftlich relevanten parlamentarischen Entscheidungen abgelenkt. Hier möchte Julian Hoppit Abhilfe schaffen.

Die Basis seiner Arbeit bilden alle zwischen 1660 und 1800 vom Parlament verabschiedeten Gesetze („acts“) sowie die fehlgeschlagenen Versuche, also eingebrachte Gesetzentwürfe („bills“), die entweder explizit abgelehnt oder nicht während einer Sitzungsperiode (durchschnittlich 100 Tage) verabschiedet werden konnten. Dabei kann Hoppit auf seine eigenen Vorarbeiten aus den letzten drei Jahrzehnten aufbauen. Im vorliegenden Buch konzentriert er sich aber auf einen spezifischen Bereich der Gesetzgebung, nämlich jene Gesetze mit einem ökonomischen Gegenstand. Dazu zählt Hoppit neben Gesetzen zu Land(wirtschaft) (inkl. „enclosures“), Bergbau, Gewerbe usw. auch solche zu Finanzen, Handel und Verkehr, nicht aber jene zum Militärwesen, auch wenn diese zweifellos ökonomische Effekte haben konnten, die aber nur ein Nebenprodukt der Gesetzgebung waren. Auf dieser Basis stellt sich heraus, dass 52 Prozent aller im Untersuchungszeitraum erlassenen „acts“ ökonomischen Charakter hatten (7,545 von 14,217), dass der gewählte Ausschnitt also sogar die Mehrheit der Gesetze betrifft.

Hoppit geht bewusst induktiv vor: Schon in der Einleitung mustert er kritisch die gängigen Interpretationen durch, sei es merkantilistische Wirtschaftspolitik, das Konzept des „fiscal(-military) state“ oder die Vorstellungen der Neuen Institutionenökonomik von der spezifischen Rechtssicherheit der Eigentumsordnung als Basis der Industriellen Revolution in England. Diesen „generalizations“ (306) setzt er seine fast elftausend wirtschaftsrelevanten „acts“ und „bills“ entgegen, auf deren Basis das Bild von Wirtschafts- und Fiskalpolitik bzw. vom Verhältnis von Staat und Wirtschaft im 18. Jahrhundert neu konstruiert werden müsse.

So geht der Autor seine Quellen in Teil I (Kap. 1–5) nach verschiedenen quantitativen Gesichtspunkten durch: Mit welchen Themen befassten sich die ökonomischen Gesetze? Mit Steuererhebung und Außenhandel bei „general acts“, das heißt solchen, die das ganze Königreich betrafen, mit „enclosures“, Straßen-, turnpikes“ und Kanälen bei „specific acts“, die nur lokal oder regional wirksam waren. Womit befassten sich diese Gesetze nicht? Mit gewerblicher Produktion, Technologie oder Arbeitsbeziehungen, weshalb die beginnende Industrielle Revolution im Material praktisch nicht aufscheint. Wann wurden diese Gesetze erlassen? Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau während der Restauration nahm die Gesetzgebung zu, wenn auch nicht kontinuierlich. Die Glorious Revolution läutete eine lange Phase gesteigerter Gesetzgebung ein, deren Größenordnung aber durch einen extremen Anstieg nach 1760 in den Schatten gestellt wurde. Ganz ähnlich entwickelte sich die Quote der erfolgreichen Gesetzentwürfe. Die Gründe für diese „legislative revolution“ waren vielfältig; dazu gehörten professionellere parlamentarische Strukturen ebenso wie eine höhere

Nachfrage. Denn die Reverenz gegenüber der „parliamentary supremacy“ (57) sowie das öffentliche Beratungsverfahren erhöhten die Legitimität parlamentarischer „acts“ im Vergleich zu anderen Rechtstiteln. Dies leitet schon über zu der Frage, wer denn der Motor dieser Entwicklung war. Nicht etwa die Londoner Regierung, sondern Privatpersonen oder lokale Interessensgruppen. Dies leuchtet für die „acts“ zu einzelnen „enclosures“ oder „turnpikes“ direkt ein, gilt jedoch auch für die Handelsgesetzgebung, bei der Gesetzentwürfe wie anderswo in Europa oft nicht von der Regierung, sondern von Interessensgruppen eingebracht wurden.

In Teil II folgen dann Fallstudien, die bestimmte wirtschaftspolitische Themen diachron verfolgen: die Debatten und die Gesetzgebung zur Trockenlegung der ost-englischen Fens, die Gesetze zum Schutz des englischen Wollgewerbes durch das Exportverbot von Wolle, die oft übersehenen Exportprämien auf alle möglichen Güter von Getreide bis zu raffiniertem Zucker und schließlich die massiven regionalen Unterschiede bei der Besteuerung. In diesen Kapiteln emanzipiert sich der Autor zunehmend von seinem doch etwas strikten und reduktionistischen Korsett der erlassenen Gesetze und präsentiert dichte, materialreiche Studien, deren Ergebnisse sich kaum auf einen Nenner bringen lassen. Und genau das ist die Absicht: Denn das Ziel dieses Teiles ist es gerade, die Vielfalt der Interessen, der ökonomischen Realitäten, ja selbst der Besteuerungspraktiken in den Vordergrund zu stellen.

Nicht umsonst heißt das Buch „Britain's Political Economies“. Hoppit verwendet den Plural hier sehr bewusst und in mehrfacher Hinsicht. So geht es um die regionalen Unterschiede, die sich nicht in einer „political economy“ des Königreiches auflösen lassen. Am schlagendsten ist der Unterschied zwischen England und Schottland, das im 18. Jahrhundert doch noch recht weit von Westminster entfernt war. So ist der Anteil schottlandbezogener ökonomischer Gesetze viel geringer als es die Größenverhältnisse erwarten lassen würden, da es die Schotten zum Teil gar nicht nötig hatten, in Westminster Gesetze zu erwirken. Gleichzeitig blieb die Besteuerung Schottlands sehr gering, und große Teile der Accise-Einkünfte gab die Steuerverwaltung als Subventionen direkt in Schottland aus. Doch auch innerhalb Englands waren die Unterschiede markant.

Wichtiger ist allerdings die zweite Bedeutung von „political economies“: Mit der Negierung einer einzigen „political economy“ will Hoppit ausdrücken, dass es keine kohärente Wirtschaftspolitik gab, die sich an bestimmten Prinzipien orientiert hätte, da es solche allgemeingültigen Prinzipien nicht gab – also Merkantilismus weder in der Praxis noch in der Theorie. Aber ebenso wenig sei die Fiskalpolitik aus einem Guss gewesen oder die Infrastrukturpolitik oder sonst irgendein wirtschaftsrelevanter Politikbereich. „Piecemeal“ ist Hoppits Lieblingswort, das in keiner Kapitelzusammenfassung fehlen darf.

Hoppits These von der „heterogeneity of Britain's political economies“ (325) ergibt sich geradezu folgerichtig und überzeugend aus seinem Material. Allerdings darf man fragen, ob er in seinem aufklärerischen Furor nicht zu weit geht, wenn er für das 18. Jahrhundert die Existenz eines zentralistischen, rationalen Musterstaates mit einer widerspruchsfreien Wirtschaftsgesetzgebung widerlegt. Schon seine eigene Aufzählung der widerstreitenden Paradigmen zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat im 18. Jahrhundert – die er alle als zu generalisierend ablehnt – zeigt ja, dass die von ihm propagierte Heterogenität sowohl zeitgenössisch als auch in der Historiographie präsent ist. Aber er versucht keine schöpferische Zerstörung, sondern belässt es bei der

reinen Dekonstruktion, hat er doch seine Leser schon im Vorwort auf einen „complex account without clear object lessons“ (XV) vorbereitet.

Justus Nipperdey, Saarbrücken

Talbot, Michael, British-Ottoman Relations, 1661–1807. Commerce and Diplomatic Practice in Eighteenth-Century Istanbul, Woodbridge / Rochester 2017, The Boydell Press, XIII u. 256 S. / graph. Darst., £ 70,00.

Die vorliegende Studie ist aus einem PhD an der School of Oriental and African Studies der University of London hervorgegangen und untersucht die englisch-osmanischen Beziehungen im „langen“ 18. Jahrhundert, das in England mit der Restauration der Monarchie begann und, zumindest im Hinblick auf die Beziehungen zum Osmanischen Reich, rund 150 Jahre später endete, und zwar mit dem demonstrativen Abzug des britischen Botschafters und dem Ausbruch des Britisch-Osmanischen Krieges im Februar 1807. Die Geschichte der britisch-osmanischen Beziehungen ist in diesem Zeitraum laut Talbot durch die zunehmende Entflechtung von diplomatischer Praxis, kommerziellem Interesse und kultureller Akkommodation gekennzeichnet – und damit durch einen Prozess, der direkt in den britischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts mündete. Die britische Diplomatie im Osmanischen Reich hatte bis dahin vor allem ein Ziel: lukrativen Handel zu ermöglichen. Die diplomatische Praxis stand deshalb zunächst vollständig im Dienste wirtschaftlicher – und nicht etwa politischer – Interessen; erst mit der Umkehrung dieser Gewichtung seit dem späten 18. Jahrhundert endete auch die Zeit der friedlichen Beziehungen, die zuvor, so Talbot, durch die weitgehende Anpassung der Briten an die diplomatische Kultur und die politischen Gepflogenheiten der Osmanen gekennzeichnet war.

Talbot verortet sich explizit im Forschungskontext der Neuen Diplomatiegeschichte: Diplomatie interessiert ihn nicht als abstraktes Mächtespiel zwischen Staaten und Nationen, sondern als alltägliche Praxis unterschiedlicher Akteure in spezifischen soziokulturellen sowie – und das ist für ihn entscheidend – ökonomischen Kontexten. Die Originalität seines Ansatzes besteht darin, dass er konsequent die Frage nach der Finanzierung von Diplomatie ins Zentrum stellt und damit wichtige Erkenntnisse über die Materialität frühneuzeitlicher Diplomatie liefert: Wofür genau wurde Geld ausgegeben, woher kamen die Mittel und inwiefern beeinflussten die materiellen Rahmenbedingungen die diplomatische Praxis? Die britische Diplomatie im Osmanischen Reich bietet für einen solchen Ansatz ein besonders lohnendes Untersuchungsfeld, denn der englische Botschafter in Istanbul hatte eine eigentümliche und in dieser Art auch einzigartige Zwischenposition inne: Er stand zwar im Dienst der Krone, aber im Sold der Levant Company. Wohl auch dieser Konstellation ist es zu verdanken, dass die finanzielle Situation der englischen Botschaft in Istanbul in einer ansonsten eher untypischen Detailfülle dokumentiert ist: Die Handelskompanie verlangte eben stets ganz genaue Auskunft darüber, was mit ihrem Geld geschah. Zugleich hingen die finanzielle Situation und damit auch der politische Spielraum der Botschaft eng mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Levant Company zusammen. Erst als dieser ab Mitte des 18. Jahrhunderts ausblieb, übernahmen Parlament und Regierung auch finanziell mehr Verantwortung für ihre diplomatische Vertretung in Istanbul. Zugleich überlagerten nun außenpolitische Erwägungen zunehmend die wirtschaftlichen Interessen. So war es nur konsequent, dass Politik und Wirtschaft ab 1804 auch institutionell klar getrennt wurden und man parallel zur Botschaft ein britisches Generalkonsulat in Istanbul einrichtete. Bald darauf trieb der Britisch-Osmanische Krieg die vor Ort ansässigen britischen Unternehmer in den wirtschaftlichen Ruin.